

Kaputen die Besatzenen, die mit den Reichsstaatsdemokraten geschlossen wurden. Weitere konnten sich zu der Höhe der parteipolitischen Entlassung, deren es für die Zusammenarbeit mit der Partei der äußeren Rechte bedürftig wäre, auszuweisen noch nicht aufzuweisen und erstellten daher eine ablehnende Antwort, die aber nur insoweit gilt, als es sich um den koalitionsmäßigen Ausdruck der Einheitsfront innerhalb der Regierung handelt. Grundlegend hat die Reichsstaatsdemokratie die vorkriegsständliche Anordnung insofern nicht zurückgewiesen, als sie sich mit erschwerter Entscheidung hinter die Regierung in der Zurückweisung des Pariser Dekrets stellte und in ihrer eigenen Haltung ein gewisses Entgegenkommen zeigte, das nach der Meinung deutschsozialistischer Kreise die Möglichkeit einer späteren Revision der mehrheitssozialistischen Stellung gegenüber den Deutschnationalen nicht als ausgeschlossen erscheinen läßt, vor allem dann nicht, wenn sich aus der deutschen Weigerung des Nachen unter das kaudimische Reich der Pariser Forderungen an bezeichnende Weisungen für uns ergeben sollten.

Bei den Deutschnationalen meinten sich wert gewisse Überstände gegen den Plan geltend, die hauptsächlich in den Schwächen eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie wurzeln. Der Abg. Berg erklärte noch einem in einem Berliner deutschnationalen Blatte enthaltenen Bericht, es müsse im Allgemeinen ein Zusammenstoß des Sozialismus gegen die Sozialdemokratie in Aussicht genommen werden; damit vertritt die Deutschnationalen anderen Dingen den Gedanken an die Einheitsfront und vertritt den Wunsch nach der Politik der Mitte. Im Schilde der Partei erhebt sich aber der Gerüchte Standpunkt eine den Verhältnissen angepasste Korrektur und es erging eine deutschnationalen Erklärung in dem Sinne, daß die Ablehnung des angeblich der neuen Lage in der auszuwählenden Politik von der Deutschen Volkspartei unternommenen Versuches, sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten mit der Regierungskoalition in einer Einheitsfront zu sammeln, auf Nichterfüllung beruhe. Im einen von den Abg. Dr. Birefmann gerichteten Briefe war die ausdrückliche Versicherung enthalten, daß die deutschnationalen Partei keine Bedenken darin haben würde, auch mit der Sozialdemokratie zusammen eine Regierung zu bilden. Das ist ein in hohem Grade dankenswertes und der nationalen Forderung der Stunde voll entsprechendes Entgegenkommen, das von gründlichem Verständnis für den höchsten Gesichtspunkt zeugt, der jetzt vor allem für und gelten muß, daß unser deutsches Volk in seiner schweren Not die stützende Hilfe, die parteipolitisch selbst zu beschaffen und seine ganze politische Arbeit nur vom aufeinander stützenden Standpunkt aus zu vollziehen. Es bedarf keiner näheren Begründung darüber, daß uns manderlich ständemäßig und unerfüllbare Forderungen von Seiten unserer ehemaligen Koalitionspartner, die wir noch heute mit Recht als Feindband beschreiben, erwartet werden können, wenn unser Volk noch außen hin eine einigartige geschlossene, einheitliche Front bilden möchte. Vom Parteigang waren wir aber trotz der bisherigen Krisisverhandlungen und trotz Verlässlichkeit und Zugewinn immer derartig versichert, daß unsere Gegner nicht von dem Glauben abließen, sie könnten und müßten demselben entgegenkommen und schließlich die Hand der fremden Gabel und Willkür preisgeben würden. Es braucht nur an die jüngste Beschlüsse der Konferenz von Weimar erinnert zu werden, in der er unsemern Außenminister Dr. Simons nachbrachte, daß er für seine Person ein vorzuziehender Mann sei, daß aber seine Tätigkeit noch vielfach aus dem alten Renteamt hantieren. Die Absicht ist zu klären, um nicht sofort in uns oemert zu werden. Wir sollen wieder einmal auf den Helm gehen, an glauben, daß eine noch gründlichere „Demokratisierung“ unseres Staatswesens und an das Ziel einer reifen Verhandlung mit der Entente bringen würde. Darauf fallen wir denn doch nicht mehr herein. Die allgemeine Stimmung in Deutschland findet ihren richtigen von der Entente zu ihrem Schaden vielleich noch nicht befristeten Ausdruck in dem Streben nach der Einheitsfront, nach einem nationalen Abwehrkampf, nach einem allgemeinen parteipolitischen Zusammengehen. Diese Bewegung, von der nur die äußerste Spitze sich ausschließt, wird nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen zum Zweck der interkationeller Beziehungen gemacht werden, um in österreichischen Kreisen ein dauerndes nationales Zusammenarbeiten aller Parteien herbeizuführen. Das durch eine solche Gemeinsamkeit allmählich auch ein förderlicher Einfluß auf die innere Parteipolitik sich geltend machen müßte, liegt auf der Hand, und so erscheint die Verhellung der Einheitsfront als ein Ziel, auf das wir uns zu wänden, wohl wert, daß der Schweiß der Kämpfer zu seiner Erreichung eingesetzt wird, daß die besten Kräfte der Nation sich eifrig und emsig darum bemühen. In diesen Bestrebungen findet auch das in Stuttgart gesprochene Wort Dr. Simons vom „Optimismus innerhalb der Grenzen der äußeren Lage unseres Volkes“ seinen Rückhalt und seine Berechtigung.

Die deutsch-tschechischen Verhandlungen.

Berlin, 16. Febr. Die Verhandlungen, die hier seit Ende Januar mit Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung unter Führung des Staatssekretärs im tschecho-slowakischen Handelsministerium, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, Dr. Schuker, über die Auslieferung des deutsch-tschecho-slowakischen Wirtschaftsabkommens vom 20. Juni v. J. fortwährend haben, sind gestern zum Abschluß gebracht worden. Zur Regelung gelangen gewisse Fragen des beiderseitigen Warenverkehrs, insbesondere auf dem Gebiete der chemischen, Kautschuk-, Maschinen- und des Malzes. Die Zollentwässerungen, die nach dem Kohlenabkommen ebenfalls auszuweisen sind, wurden um ein Verzeichnis erhöht. Auch wurde eine Verlängerung dieses Abkommens bis Ende Juni in Aussicht genommen. Die Verhandlungen, die gleichzeitig im Reichsfinanzministerium über den Abschluß eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, sowie über Rechtskraft und Rechtsmittel in Steuerfällen hantieren, führten zur Aufstellung eines vorläufigen Entwurfs auf diesem Gebiete. Alle Zweifelsfragen konnten hier allerdings noch nicht endgültig erledigt werden. Der Entwurf wurde daher zunächst beiderseitig als unverbindlich erklärt. Nach dem Gange der Verhandlungen steht aber zu erwarten, daß in naher Zeit der endgültige Vertragsabschluss auch hier erfolgen wird.

Das Ende der Entente-Kommissionen in Österreich.

Wien, 16. Febr. Wie die „Politische Korrespondenz“ erzählt, hat die Vorkriegskonferenz die Einstellung der Arbeiten der militärischen und Luftschiffahrtskommissionen mit dem 20. Februar verfügt, um durch diesen Beschluß eine schwere finanzielle Belastung Österreichs aufzuheben. Diese Entscheidung dürfte in keiner Weise die volle Durchführung der aus dem Friedensvertrag von St. Germain hervorgehenden militärischen und Luftschiffahrtbestimmungen gefährden. Sollten diese Bedingungen bis zum 20. Februar nicht erfüllt sein, so wird bis zur Durchführung eine Liquidationsorganisation mit möglichst geringem Personalbestand die Vertragserfüllung zu übernehmen haben. (W. T. B.)

Ein deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Rom, 16. Febr. Der „Secolo“ meldet aus Rom, daß zwischen Deutschland und den amtlichen Stellen in Rom Vorbesprechungen über ein neues Handelsabkommen zwischen Italien und Deutschland aufgenommen sind.

Ungarn, 16. Febr. Die italienische Regierung veröffentlicht ein Dekret, wonach die Ausgabe einer Anleihe in Höhe von einer Milliarde Lire erfolgen soll. Diese soll fünf Jahren in pari rückzahlbare Anleihe dienen zur Deckung der Wiederherstellungskosten für die beschädigten Provinzen.

Von den Polen „beschlagnahmte“ Waffen.

Berlin, 16. Febr. In den letzten Wochen ist ein Transport mit Beutematerial, das in Ostpreußen gesammelt wurde und zur Ablieferung an die Entente nach dem Innern des Reiches geschickt wurde, von den Polen in Ostpreußen beschlagnahmt worden. Die Reichs-Traubandgesellschaft, die für die Ablieferung an die Entente zuständig ist, hat den Fall pflichtgemäß der interalliierten Kommission in Adligsberg gemeldet und der dortige tschechische Verbindungsoffizier hat wiederholt mit der Warschauer Regierung Verhandlungen gepflogen, um die Rückgabe der Geschütze durchzusetzen. Mithin ist die Rückführung der von den Polen beschlagnahmten Waggons und Geschütze an die Reichs-Traubandgesellschaft nicht erfolgt und die interalliierte Kommission hat auch keine Mitteilungen gemacht, daß die Geschütze zurückgegeben seien. W. T. B. berichtet hierzu: Der Vorfall ist an amtlicher Stelle in Berlin erst durch Mitteilungen eines Königsberger Matrosen bekannt geworden. Die Ermittlungen sind im Gange. — Der Militärbeschlagnahmer für den Bezirk Wehrkreiskommando I teilt mit, daß angeordnet sei, derartige Transporte nicht mehr auf dem Landwege ins Innere des Reiches zu entsenden.

Neue Ententeübergriffe in Estlin.

Berlin, 16. Febr. Der Ausbruch des Krieges in Estlin hat durch die Waffenfabrik der Entente-Kommission entstanden war, ist noch nicht beigelegt. Eine in Estlin neuerdings eingetragene Unterkommission der interalliierten Kontrollkommission hat den Anspruch erhoben, von der für ankommende Schiffe bestimmten Ladung regelmäßig 40 bis 50 Prozent zu durchsuchen, auch wenn kein Verdacht des Vorhandenseins von Waffen und Kriegsgüter vorliegt. Wegen dieser Forderung, die sich nach dem Friedensvertrage nicht rechtfertigen läßt, hat, wie die „Deutsche Wache“ (D. W.) schreibt, die deutsche Regierung Einspruch erhoben. (W. T. B.) Wie die „Kreuzzeitung“ aus Estlin erzählt, sollte die Kontrollkommission die Durchsuchung deutscher Schiffe nach Waffen fort. In Hamburg hat der Vertreter der estnischen Kommission gedroht, daß deutsche Dampfer im Falle des Auslaufens ohne Genehmigung der Entente vom estnischen Kreuzer auf See aufgebracht würden. Auch aus neutralen Dampfer erwidert sich die Durchsuchung. In den freien des Handels und der Reedereien erwartet man, daß die Regierung Schritte ergreife, um weitere Schicksalen des deutschen und neutralen Handels zu verhindern. In untrübsamen Kreisen spricht man davon, das das ganze Benehmen lediglich auf englische Nachensichten zurückzuführen sei, die das Ziel hätten, den deutschen Handel mit den Ostländern zusammen des englischen zu verdrängen.

Der einzige Befrachter.

Rotterdam, 16. Febr. Vondoner Mänter stellen fest, daß bei der geringen Eröffnung des Unterlaufes der deutsche Postschiffverkehr der einzige Diplomat war, der im schwarzen Rock erschien, während alle anderen in großem Galaanzug erschienen waren. Dem „Tamps“ zufolge hat die französische Seehandelskommission ihren Bericht über eine Belegung des Ruhrreviers abgeschlossen. Der Bericht kommt zu dem Resultat, daß eine Belegung des Ruhrreviers nur im Falle einer offensichtlichen Sabotage der Vertragsverpflichtungen auszusprechen sei.

Die internationalen Kriegsschulden.

Paris, 16. Febr. Dem „Matin“ zufolge wird das Problem der internationalen Kriegsschulden an Amerika durch Sir Audian Weddes, den englischen Botschafter in Washington, zur Sprache gebracht werden. Die Alliierten schulden Amerika 2 Milliarden Pfund Sterling, während die gesamte Kriegsschuld der Alliierten untereinander 4 Milliarden Pfund Sterling beträgt. Die 100 Millionen Pfund Sterling, die als Jahresrate von Deutschland gefordert werden, decken gerade die Zinsen der den Vereinigten Staaten geschuldeten 2 Milliarden. Frankreich und Belgien schulden an England 1700 Millionen Pfund, England wiederum schuldet an Amerika 800 Millionen Pfund. England würde sich dazu bereit erklären, auf seine Forderungen an Frankreich und Belgien zu verzichten, wenn Amerika seinerseits England aus seinem Schuldensack freisetzt. Dann könnten Frankreich und Belgien ihre Ansprüche an Deutschland gleichfalls ermahnen.

Branling lehnt die Kabinellbildung ab.

Stockholm, 16. Febr. Branling hat heute dem König erklärt, er könne nicht die Regierungsbildung übernehmen. Hierauf hat der König den früheren Ministerpräsidenten Admiral Arvid Lindmann beauftragt, die neue Regierung bilden, der jedoch ebenfalls ablehnt hat. Der König hat sich dann an den Führer der liberalen Partei Vandesbauptmann Eden gewandt, welcher erklärte, den Auftrag nicht übernehmen zu können. Die Zeitungen äußern sich, daß, nachdem die drei großen Parteien sich geweigert haben, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen, nur ein Kabinett von höheren Beamten in Betracht komme. (W. T. B.)

Kommunistische Kampfesweise.

Berlin, 16. Febr. Kommunistische Aufrufe, die in Berlin und in den industriereichen Mitteldeutschlands verbreitet worden sind, fordern zur planmäßigen Störung der Wahlen Verhandlungen des preussischen Landtages für den 20. Februar auf. „Der Volk“ wurde in Potsdam der Hauptmann Benckwitz aus Berlin, der in einer deutschnationalen Versammlung gesprochen hatte, auf dem Heimwege von Kommunisten durch Messerhiebe und Schläge auf den Kopf schwer verletzt.

Das Urteil im Cöthener Putschprozess.

Dessau, 16. Febr. Das Urteil im Cöthener Putschprozess lautete gegen sämtliche 25 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis 9 Monaten. Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen Angeklagten Freisprechung beantragt. (W. T. B.)

Der rote Magistrat in Berlin.

Berlin, 16. Febr. An der heutigen Berliner Magistratsitzung wurde beschlossen, daß von den 23 Magistratsarbeitern die sechserseitige Sabotage in dem wüsten, gewerkschaftlich nicht geschützten Bereich entlassen wurden, 20 wieder eingestellt werden können. (W. T. B.)

Zum Rücktritt Wulkes von der Zeitung der „Deutschen Zeitung“

erhalten wir von Herrn Reichsstaatsabgeordneten Wulle die folgende Zurechtweisung: „An Nr. 69 vom 12. Februar befaßt sich der „Vorwärts“ mit meinem Rücktritt von der Zeitung der „Deutschen Zeitung“. Ohne auf den Streitfall einzugehen, möchte ich feststellen, daß die Auseinandersetzung zwischen der Neudeutschen Verlags- und Traubandgesellschaft und mir mit der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt nichts zu tun hat. Die „Deutsche Zeitung“ ist kein Parteipapier, auch heute noch nicht, und der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist meines Wissens überhaupt nicht Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Es handelt sich also lediglich um eine private Angelegenheit, die für die Öffentlichkeit, soweit sie nicht aus Wulkesdemerlei des Herold besteht, nicht von Interesse sein kann. Daburch sollen alle daran geknüpften Schlussfolgerungen, soweit sie meine Partei betreffen, in sich zusammenfallen.“

Scheidemanns Zusammenbruch.

Philipp Scheidemann, der ehemalige Reichspräsident und jetzige Oberbürgermeister von Berlin, hat kürzlich ein Buch veröffentlicht, das sich „Der Zusammenbruch“ nennt. Nicht unsonst ist dieses Buch zur Zeit von den preussischen Wählern erlesen. Einmaliger Führer der Sozialisten und auch der S. P. D., unter ihnen Scheidemann, läßt sich schuldig an Zusammenbruch, und das genannte Buch ist als eine Art Rechtfertigungsversuch zu werten. Scheidemanns Arbeit, die die Vorgänge, die gegen ihn und seine Genossen erhoben werden, widerlegen will, ist mißglückt. Als Feindzeit im letzten agitatorischen Kampf das deutsche Volk durch Flugblätter und Aufrufe zermürbt wurde, mögen Scheidemann und Genossen nicht daran gedacht haben, welches unendliche Unheil sie über Deutschland bringen würden. Wir erinnern an die Ankündigung, die Adolf Hoffmann am 18. Juni 1918 im preussischen Abgeordnetenhause vertrat, als er sagte: „Ein demokratisches Deutschland würde in aller Welt Freunde haben; Deutschland bestände einen Frieden ohne Annexionen und Kompensationen.“ Auch Scheidemann mag aus mißverstandenen Pazifismus im Glauben an die Versprechungen der Entente gehandelt haben. Daß er die Revolution begünstigte, beweist sein Wort vom 9. Nov. 1918: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gestimmt.“ Deutschland soll, das ist unter seiner Wille, die Kriegslage für immer freigegeben, ohne sie das letzte Mal siegreich beigebracht zu haben, so tief ist auch der „Vorwärts“ schon am 21. Oktober 1918 aus. Sozialdemokratische Führer wollten also bewußt Deutschlands Niederlage. Ihre Agitation reicht bis zum Jahre 1915 zurück, wie der Genosse Baas am 30. August 1919 ausgegeben hat. Am 6. November 1917, also zu einer Zeit, in der wir alle noch an Deutschlands Sieg glaubten, schrieb der „Vorwärts“: „Warum noch Krieg? Wir müssen und heute darüber klar werden, daß die eigentliche und tiefste Ursache dafür, daß es so ungewisser schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“ Der Sozialdemokrat Vater gibt offen zu, er und seine Freunde hätten eingeleitet, daß die großen Streitkräfte nicht zur Revolution führten, sie hätten jedoch die Fahnenflüchtigen organisiert und an die Front geschickt, um die Frontsoldaten zu bearbeiten. So hätte sich der Verfall allmählich, aber sicher vollzogen.

Scheidemann versucht nun mit einem Aufschub seine und seiner Genossen Unschuld zu beweisen. Er kommt auf die Zustände an der Front am Ende des Krieges zu sprechen und wehrt sich, wie sehr er sich und seine Leute gerade dadurch schuldig. Er veröffentlicht u. a. einen Disziplinärbefehl der 41. Division vom 1. August 1918. In diesem Disziplinärbefehl wird hervorgehoben, daß viele Mannschaften fahnenflüchtig geworden seien, daß sie ihre Waffen fortwarfen, um schneller bei der Flucht fortzukommen. Der Befehl dem Inhalt nach, daß die Truppe verlor. Doch jene Leute, die wie Herr Scheidemann, Herr Vater usw. ein Interesse an der Revolution hatten und zur Vornehmlichkeit führten.

Es gibt sehr viele Arbeiter, die die Fehler der Führer um Scheidemann, wie sie während des Weltkrieges begangen wurden, erkannt haben. Die entsetzlichen Verhinderungen, die Verklammerung der deutschen Arbeiterkraft, hat dazu beigetragen, daß man auch in der sozialdemokratischen Partei heillosig wird. Darum steht in der Arbeiterzeitung heute der nationale Gedanke immer fester. Auch die Arbeiter wissen, daß uns nur die nationale Einigung aus dem Elend herausführen kann, in das uns Scheidemann und Genossen geführt haben. Scheidemann hat sich selbst durch sein Buch mehr geschadet, als genutzt. Besser wäre es für ihn gewesen, er hätte seine Fehler offen bekannt. Wäre er ein Mann, so hätte er gesagt: „Ich habe den Versprechungen der Entente geglaubt. Ich vertrat den Standpunkt Hoffmanns — wenn Clemenceau den Krieg weiterführen wolle, würde ihn die Revolution der französischen Arbeiter weglassen —. Aber ich habe mich geirrt. Der Feind hat uns betrogen. Die Arbeiter in den Entente-Ländern sind uns in unserer Not nicht beigetragen. Und hilft keiner, wenn wir uns nicht selbst helfen. Wir müssen mit den übrigen Parteien in nationaler, gemeinsamer Arbeit die furchtbare Zeit überwinden.“ Mit solchen Worten würde Herr Scheidemann nicht nur seinem Vaterlande genützt haben, sondern er könnte auch sicher sein, daß er in kommenden Wahlen die Massen der Arbeiter, die die Zeit inzwischen aufgeklärt hat, hinter sich hätte.

Der Kaiser über die Sozialdemokratie.

Berlin, 16. Febr. Aus Anlaß einer unmaßharen, angeblich einem holländischen Journalisten gegenüber gemachten Bemerkung Kaiser Wilhelm, daß die Sozialdemokratie an erster Stelle an dem Kriegsergebnisse schuld sei, berichtet der frühere sozialdemokratische Staatssekretär August Müller im „Abwehr-Abendblatt“ über Neuerungen, die der Kaiser am 30. Oktober 1916 geäußert hat, die Durchführung einer Anzahl Verordnungen, die die Durchführung der Kriegswirtschaft zur Aufgabe hatten, getan hatte. Darunter befand sich auch Müller als damaliger Vortrager des Kriegsernährungsamtes. Nach den Mitteilungen Müllers bildete der Kaiser die Entschlüsse, die er mit dem Landwehrbataillon gemacht hat, das ihn zwei Jahre lang bewachte. Er sagte dabei etwa: Die Leute hantieren zum größten Teil aus Knecht und Feind. Mein alle waren sie Sozialdemokraten, aber prächtige Männer, die mir viel Freude gemacht haben und außerordentlich zuverlässig waren. Wissen Sie, Müller, wenn man nur bloß das Wort „Sozialdemokratie“ besetzten könnte; Arbeiter und Arbeiterpartei wäre doch eine viel bessere Bezeichnung. Das ist ein fester Begriff, der eine bestimmte Bevölkerungsgruppe umfasst mit besonderen Interessen, besonderen politischen Ansichten und Eigenschaften, die durchaus geeignet sind zum politischen Zusammenarbeiten mit der Regierung und den übrigen Bevölkerungsgruppen. Dem Worte Sozialdemokratie halet etwas Unklarheit aus der Vergangenheit an. Es befaßt beide Parteien, die Arbeiter und die frühere Politik und wenn man es besetzen könnte, dann wäre sehr viel gewonnen. Am Schluß der Unterredung sagte der Kaiser: Ich habe von Anfang des Krieges an großes Vertrauen in die deutsche Arbeiterkraft gesetzt. Der Verlauf des Krieges und die Erfahrungen, die in den Schützengräben mit dem Zusammenwirken aller Bevölkerungsstellen gemacht worden sind, haben mich außerordentlich befriedigt und die Hoffnung in mir erweckt, daß das deutsche Volk sich nach dem Kriege besser vertragen wird, als vorher. Mein tiefstes Vertrauen in die deutsche Arbeiterkraft hat mich bisher nicht getäuscht. Für Verhören wird uns helfen, in erträglicher Weise aus dem Kriege herauszukommen, und ich werde dafür sorgen, daß die deutschen Arbeiter nach dem Kriege nicht enttäuscht werden, und daß gegenseitiges Vertrauen seine Rechtfertigung findet.

Die Sowjetgruppen wieder in Kiew?

Kiew, 16. Febr. Das ukrainische Pressebureau meldet aus Kiew, daß durch Verhandlungen aus Moskau sei es den Truppen der Häterregierung gelungen, die Aufständischen zu vertreiben und Kiew samt Vorstädten wieder zu besetzen.

Stokholm, 16. Febr. „Rödkvisten“ schreibt: Der bevorstehende Frieden mit Polen dürfte nur von kurzer Dauer sein. Er werde nur so lange dauern, wie wir für die Organisation der roten Truppen Zeit brauchen.